

Die wirtschaftliche Lage in der DDR

Wirtschaftliche Grunddaten

Die zentrale Wirtschaftsplanung der DDR stieß in den letzten Jahren zunehmend an systembedingte Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Das Wirtschaftswachstum dürfte daher entgegen offiziellen Daten, die — so jüngste Eingeständnisse der Planverantwortlichen — systematisch geschönt wurden, mittlerweile zum Stillstand gekommen sein. Zu lange Modernisierungszyklen, zu geringe Angebotsflexibilität bei gleichzeitig häufiger auftretenden Stockungen im Wirtschaftsablauf, eine vernachlässigte Infrastruktur sowie nicht zuletzt fehlende Motivation der Arbeitskräfte beeinträchtigten die Produktivität. Sie liegt im industriellen Bereich derzeit um schätzungsweise durchschnittlich 50 Prozent unter derjenigen der Bundesrepublik Deutschland.

Ein Charakteristikum für die DDR ist die Starrheit ihrer Wirtschaftsstruktur. Darin spiegelt sich unverändert die Autarkie-Doktrin: „alles selbst herstellen, auch zu noch so hohen Kosten“. Gestützt wird diese Struktur durch eine Außenhandelsstrategie, die dem Warenaustausch mit anderen Planwirtschaften (Anteil der RGW-Länder am Gesamthandel rund zwei Drittel) Vorrang einräumt. Das führte zu relativ hohen Gesamtexporten von schätzungsweise gut 50 Mrd. DM (abhängig vom Umrechnungskurs), doch ließen fehlende Qualitätsanforderungen — insbesondere der mit Abstand wichtigste Handelspartner Sowjetunion (Anteil nahezu 40 Prozent) nahm bislang alle Lieferungen fast unbesehen auf — die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Industrie auf dem Weltmarkt verkümmern. Vor allem die Konsumgüterindustrie weist bezüglich Qualität und Produktionsumfang einen sehr großen Rückstand auf. In der DDR sind Verbrauchsgüter des gehobenen Bedarfs selbst zu hohen Preisen Mangelware. Die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern zu niedrigen Preisen ist dagegen relativ gut. Unterentwickelt ist der gesamte Dienstleistungsbereich; Beschäftigung und Investitionen konzentrieren sich stark auf das produzierende Gewerbe.

Einkommensvergleiche zwischen Ländern mit verschiedenen

Wirtschaftsordnungen sind stets problematisch, um so mehr, wenn das statistische Datenmaterial so unzureichend wie in der DDR ist. Zahlen und Zahlenvergleiche können daher zum Teil nur Größenordnungen vermitteln. Bei Umrechnung der DDR-Einkommen nach westdeutscher Kaufkraft ergibt sich folgendes Bild: Das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer liegt, je Haushalt gerechnet, nicht einmal halb so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei ist berücksichtigt, daß die Preise in der DDR auf manchen Gebieten — Grundnahrungsmittel, Mieten, Verkehrsmittel — deutlich niedriger liegen. In DDR-Familien arbeitet die Frau häufiger mit als in der Bundesrepublik, außerdem ist die Arbeitszeit länger und der Urlaubsanspruch geringer. Hinter dem DDR-Haushaltseinkommen steckt also ein größerer Arbeitszeitaufwand. Noch deutlicher ist der Einkommensabstand der Rentnerhaushalte in der DDR; ihre Kaufkraft beläuft sich auf nicht einmal ein Drittel des Durchschnitts in der Bundesrepublik.

Entsprechend schlechter ist die Ausstattung mit Gebrauchsgütern des gehobenen Bedarfs. Nur jeder zweite DDR-Haushalt verfügt über einen PKW (Bundesrepublik Deutschland 95 je 100 Haushalte), der im Durchschnitt 13 bis 14 Jahre alt ist. Ebenfalls nur jeder zweite Haushalt besitzt einen Farbfernseher (Bundesrepublik 91 je 100 Haushalte). Telefon ist in der DDR noch immer ein begehrtes Luxusgut. Es gibt über 1 Million unerledigte Anträge. Nur jeder sechste Haushalt besitzt einen Anschluß, während er in der Bundesrepublik zur üblichen Ausstattung eines Haushalts gehört. Obgleich Wohnen in der Bundesrepublik viel teurer ist als in der DDR, verfügen die Bürger der Bundesrepublik über größere Wohnflächen (36 qm gegenüber 27 qm je Einwohner).

Vergleichsweise gut ist die **soziale Grundsicherung**. Einzelne Schwachstellen, wie etwa die schlechte Versorgung mit Arzneimitteln und neuerdings fehlende Ärzte, trüben allerdings den insgesamt positiven Eindruck. Auch bei **Bildung und Ausbildung** kann die DDR Pluspunkte sammeln. Zwischen 20 und 25 Prozent aller Berufstätigen sind Hoch- und Fachschulabsolventen. Facharbeiter und Ingenieure weisen im allgemeinen einen guten Ausbildungsstand auf; jedoch fehlen häufig Spezialkenntnisse.

Das **Eigentum** an den Produktionsmitteln befindet sich nahezu ausschließlich in **staatlicher Hand**. Die Industrie ist voll verstaatlicht, das Verkehrswesen zu fast 100 Prozent. Das in der DDR noch vorhandene private Unternehmertum beschränkt sich auf Einzelhandelsgeschäfte, Gaststätten und Handwerksbetriebe (letztere sind mit rund 80 000 vergleichsweise bedeutsam). Private Betriebe sind grundsätzlich laut DDR-Verfassung nur zulässig, wenn sie „überwiegend auf persönlicher Arbeit beruhen“. Derzeit sind in Privatbetrieben insgesamt etwa 450 000 Menschen tätig, d. h. fünf Prozent aller Erwerbstätigen.

Über die Hälfte des **DDR-Westhandels** entfällt auf den innerdeutschen Handel (Umsatz 1989 rund 15 Mrd. DM, das entspricht knapp 1½ Prozent des Außenhandels der Bundesrepublik). Die DDR profitiert von Finanzierungsvorteilen sowie auch vom zoll- und abschöpfungsfreien Zugang für ihre Produkte zu den Märkten der Bundesrepublik (Sonderstatus im Rahmen der EG). Die nächstwichtigsten westlichen Handelspartner sind – westlichen Statistiken zufolge – Frankreich und Österreich. Der Handelsumsatz mit den westlichen Industrieländern insgesamt (ohne innerdeutschen Handel) bewegt sich in einer Größenordnung von 6 Mrd. \$, das sind gerade 0,6 Prozent des Drittländerhandels dieser Staatengruppe.

Finanzielle Situation

Ein hohes **Informationsdefizit** besteht im Bereich der inneren und äußeren Finanzen. Angaben zur Zahlungsbilanz, zu den Devisenbeständen sowie zur äußeren Verschuldung wurden bislang verweigert; auch die wenigen verfügbaren Angaben zum Geldumlauf, zum Haushalt und zur internen Verschuldung besitzen nur einen geringen Aussagewert. Änderungen der bisherigen statistischen Praxis sind geplant, nachdem Informationsdefizite nicht nur für den ausländischen Beobachter, sondern offenbar auch für die neue Regierung bestehen. Finanzministerin Nickel rechnet z. B. mit der baldigen Veröffentlichung einer „Devisenbilanz“.

Die **Auslandsverschuldung** der DDR in harten Währungen wird von westlicher Seite auf etwa 20 Mrd. \$ beziffert. Das entspricht den DDR-Exporten in die nicht-sozialistischen Länder von etwa zwei Jahren. Netto, d. h. nach Abzug der Devisenguthaben der DDR (Mitte 1989 laut BIZ 10 Mrd. \$), beträgt die Verschuldung rund 10 Mrd. \$. Die Schuldenquote – definiert als Verhältnis von Nettoschuld zu den Deviseneinnahmen aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen in Jahren – fällt mit etwa einem Jahr günstig aus. In Osteuropa befindet sich abgesehen vom Sonderfall Rumänien nur die Tschechoslowakei in einer besseren Position. Der Swing – der zinslose Überziehungskredit im innerdeutschen Handel von bis zu 850 Mio. DM – wurde im bisherigen Verlauf des Jahres 1989 kaum genutzt.

Allerdings mehren sich in jüngster Zeit Äußerungen, die von „einer angespannten Lage in der **Zahlungsbilanz** mit dem nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (so der Chef der staatlichen Plankommission Schürer) sprechen. Die DDR dürfte Anfang der neunziger Jahre vor einem Tilgungsberg beim Schuldendienst stehen, Sie wird also ihre in den letzten Jahren aufgebauten beträchtlichen Devisenbestände – in Relation zu den Importen aus den nicht-sozialistischen Ländern sind sie mit Abstand die höchsten im RGW-Raum – künftig wohl in Anspruch nehmen müssen. Ob all diese Guthaben, wie sie von den der BIZ berichtenden Banken ausgewiesen werden, in vollem Umfang disponible **Devisenreserven** im üblichen Sinne darstellen, ist allerdings nicht sicher.

Die Situation der **inneren Finanzen** ist noch undurchsichtiger. Im Widerspruch zu früheren Angaben, wonach der Staatshaushalt ausgeglichen sei, werden jetzt Fehlbeträge zugegeben. Das erklärt zum Teil auch den erheblichen, zahlenmäßig allerdings nur schwer zu bestimmenden **Kaufkraftüberhang**. Eine blühende Tauschwirtschaft sowie die Tatsache, daß nicht die Mark, sondern die Parallelwährung DM den Zugang zu hochwertigen Gütern verschafft, sind dafür die Anzeichen.

Dank staatlich festgelegter Preise besteht offiziell Preisstabilität (neuerdings wurden als Gebrauchswerterhöhung deklarierte Preissteigerungen zugegeben). Der notwendige **Subventionsbedarf** für Waren und Dienstleistungen verschlang zuletzt ein Fünftel des Staatshaushalts.

Die Mark der DDR

Die Mark der DDR (im folgenden „Mark“) ist bislang eine reine **Binnenwährung**. Eine Konvertibilität war nie vorgesehen. Ein Tausch gegen andere Währungen ist nur im nicht-kommerziellen Bereich (vor allem im Auslandstourismus) möglich, unbeschränkt jedoch nur gegenüber wenigen östlichen Währungen (z. B. gegen Rubel in der DDR).

Für den Außenhandel der DDR spielt die offizielle Tauschrelation keine Rolle. Ein **Wechselkurs** im westlichen Sinne existiert nicht. Seitens offizieller Stellen der DDR wurde in letzter Zeit darauf hingewiesen, daß derzeit Güter im Werte von 4,40 Mark exportiert werden müssen, um im westlichen Ausland 1 DM zu erlösen. Diese Relation hat jedoch nur einen sehr begrenzten Aussagewert:

- Die Preisrelationen in der DDR spiegeln nicht die wirklichen Knappheitsrelationen wider, so daß essentielle Informationen zur Einschätzung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der DDR fehlen.
- Exporte wie Importe sind administrativ gesteuert.
- Ein Dienstleistungsverkehr (Tourismus, Pendler-Beschäftigung) war bisher kaum möglich.
- Bisher gab es praktisch keinen privaten Kapitalverkehr.
- Bislang gibt es keine hinreichend genauen Informationen über Stand und Entwicklung von Auslandsverschuldung sowie Währungsreserven der DDR (siehe oben).

Der im westlichen **Sorten-Handel** mit Mark ermittelte Kurs ist ein Preis, der nicht zuletzt aufgrund von eher zufälligen Bewegungen von Angebot und Nachfrage zustande kommt (siehe Grafik). Aus der Sicht der DDR handelt es sich dabei um einen illegalen Handel, da Ein- und Ausfuhr von Mark verboten sind. Allerdings taucht immer wieder die Vermutung auf, daß dieser Markt, der vor allem im Bundesgebiet und Berlin (West) sowie in Zürich und Wien angesiedelt ist, bereits seit längerem von offiziellen Stellen und von Betrieben der DDR zur Beschaffung von Devisen benutzt wird.

Der Markt der Mark ist nach der Öffnung der Westgrenze der DDR mehr denn je ohne klare Orientierung. Das **Angebot** an Mark wurde in jüngster Zeit durch folgende Faktoren stark erhöht:

- die neue Reisefreiheit und damit verbunden die Befriedigung aufgestauten Bedarfs an „westlichen“ Konsumgütern,
- das Mißtrauen in die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung der DDR,
- den internen Geldüberhang in der DDR, d. h. die Erfahrung, daß in der DDR viele Güter mit der Mark nicht gekauft werden können sowie damit eng zusammenhängend
- die Angst vor einem Währungsschnitt, die durch die nicht enden wollende Diskussion über die Notwendigkeit einer Währungsreform noch vergrößert wird.

Wesentliche Einflußfaktoren der **Nachfrage** nach Mark sind:

- die Spekulationen im Westen auf einen später wieder höheren, gegebenenfalls offiziell stabilisierten Kurs,
- Hoffnungen auf verbesserte Reisemöglichkeiten in die DDR (kein Zwangsumtausch/kein Visum) und damit verbunden billige Einkaufsmöglichkeiten in der DDR,
- der Umtausch des DM-Begrüßungsgeldes in Mark durch DDR-Bürger,
- die Nachfrage z. B. von polnischen Bürgern, die im Westen erworbene DM in billige Mark tauschen, um in der DDR preisgünstig Konsumgüter zu kaufen.

Je stärker die Mark unter Druck kommt, desto größer wird der Anreiz für DDR-Bürger, ihr DM-Begrüßungsgeld zumindest teilweise in Mark umzutauschen, desto größer wird tendenziell aber auch der Anreiz, Mark aus den genannten spekulativen Gründen zu kaufen. Insofern dürfte der freie Markt dem Mark-Kurs eine Untergrenze einziehen.

In den ersten Tagen nach der Reisefreigabe bestand bei de facto sehr geringen Grenzkontrollen sowie der großen Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung in der DDR die Gefahr eines „sell-out“ der Mark, d. h. eines gravierenden Vertrauenseinbruchs. Dies hätte der ohnehin gegebenen Tendenz zur Etablierung der D-Mark als Parallelwährung in der DDR weiteren starken Auftrieb verliehen. Der Kursverfall der Mark erhöhte ferner das Risiko eines „Ausverkaufs der DDR“, da Bürger der Bundesrepublik und Ausländer zu sehr günstigen Preisen Güter aus der DDR erwerben konnten.

Die DDR sah sich gezwungen, diesen potentiell destabilisierenden Entwicklungen entgegenzutreten: Kurzfristig führte daher kein Weg an verschärften Grenzkontrollen in bezug auf Banknoten und Waren vorbei. Gleichzeitig mußten für den Kauf subventionierter Güter im Inland Ausweiskontrollen eingeführt werden. Das ist zwar politisch bedenklich (wenngleich die DDR-Bevölkerung offensichtlich großes Verständnis an den

18

Wechselkurse DM/100 Mark

16

14

12

10

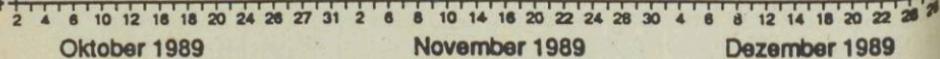
8

6

4

Verkauf

Ankauf



Oktober 1989

November 1989

Dezember 1989

Tag legte), ökonomisch aber kaum vermeidbar. Außerdem zeigt die Geschichte, daß auch westliche Industrieländer auf ihrem Weg zur Konvertibilität lange Zeit auf Grenz- und Kapitalverkehrskontrollen zurückgreifen mußten.

Solche Kontrollen können allerdings stets nur unvollkommen sein. Der Erfindungsreichtum der Grenzgänger zur Umgehung der Kontrollen wird groß sein, solange der ökonomische Anreiz wirksam bleiben wird. Eine weitere Verschärfung der geplanten Strafbestimmungen (derzeit ist für gravierende Verstöße die Einziehung des Reisepasses vorgesehen) erscheint daher möglich.

Wirtschaftsstruktur

Die Industrieproduktion in der DDR erreicht rund ein Viertel der Fertigung in der Bundesrepublik. Am Sozialprodukt hat dieser Sektor aufgrund des schwachen Dienstleistungsbereichs einen Anteil von etwa zwei Dritteln (Bundesrepublik: gut 40 Prozent).

Nahezu die gesamte Industrieproduktion kommt aus Kombinaten, in denen eine große Zahl von Einzelbetrieben zusammengeschlossen ist. Knapp 130 überregionale Kombinate sind Ministerien unterstellt, während 95 kleinere in den Zuständigkeitsbereich der Bezirke fallen. Auf die acht wichtigsten **Industrie-Branchen** entfällt ein Anteil an der gesamten Industrieproduktion von knapp 90 Prozent (1988):

● Energie- und Brennstoffindustrie (7 Prozent der Gesamtproduktion)

Vier Fünftel des gesamten Energiebedarfs werden durch Braunkohle gedeckt; in der DDR gibt es seit Ende der siebziger Jahre keine nutzbaren Steinkohlevorkommen mehr. Die schlechte Kohlequalität und der geringe Wirkungsgrad veralteter Anlagen führen zu erheblicher Energieverschwendungen. Ein weiteres Problem ist die hohe Umweltverschmutzung bei der intensiven Braunkohlenutzung; die Kraftwerke der DDR sind nicht mit Entschwefelungs-/Entstickungsanlagen ausgestattet. So erreicht z. B. das Werk Jänschwalde, das im März 1989 fertiggestellt wurde, gut die Hälfte der SO₂-Emissionen der gesamten öffentlichen Stromversorger in der Bundesrepublik. Die Produktivität der in dieser Branche eingesetzten Arbeitskräfte beträgt etwa 45 Prozent des entsprechenden Wertes der Bundesrepublik.

● Chemie (20 Prozent)

Die Struktur der chemischen Industrie der DDR — in den westlichen Ländern zählt die Chemie zu den wachstumsintensiven Branchen — ist zum Teil veraltet. Neben modernen petrochemischen Werken stehen viele Anlagen aus der Vorkriegszeit (vor allem bei der Chemiefasererzeugung). Der Industriezweig ist auf den Hallenser/Leipziger Raum (Leuna, Buna, Bitterfeld) konzentriert. Es werden überwiegend rohstoffnahe Grund- und Massenprodukte (Verarbeitung von Braunkohle zu Chemie-Rohstoffen) und wenig wertschöpfungsintensive Produkte („High-Chem“) hergestellt. So liegt beispielsweise der Anteil der Kunststoffproduktion in der DDR bei rd. 12 Prozent gegenüber 26 Prozent in der Bundesrepublik. Dabei ist die Kunststoffverarbeitung in der DDR unter allen Branchen diejenige, die am ehesten an das westdeutsche Produktivitätsniveau heranreicht (knapp 75 Prozent). In der Branche insgesamt kommt die Produktivität pro Arbeiter auf 55 Prozent des Niveaus in der Bundesrepublik, aber seit 1970 (30 Prozent) konnte hier aufgeholt werden.

● Steine und Erden (2 Prozent)

Die Bauzulieferindustrie ist eine der schwächsten Branchen in der DDR. Die Unbeweglichkeit der Kombinatsstrukturen verhinderte die Einführung qualitativ hochwertiger Baustoffe. Angesichts der subventionierten niedrigen Mieten kamen von seiten des Wohnungsbaus wenig Impulse. Die

Bausubstanz hat sich in den letzten Jahren wieder verschlechtert. Zwei Drittel des Wohnungsbestands in der DDR stammen aus Vorkriegszeiten. Der Produktionsanteil des Wirtschaftszweiges an der gesamten Industrie hat seit den siebziger Jahren abgenommen; gleichzeitig ist die Zahl der Beschäftigten gestiegen. Die Arbeitsproduktivität beträgt 40 Prozent des westdeutschen Wertes.

● Stahlindustrie, NE-Metallerzeugung (9 Prozent)

Die Stahlwerke in der DDR sind veraltet. Weniger als die Hälfte (38 Prozent) der Kapazitäten lassen technisch hochwertige Verfahren zu. Dagegen liegt der Anteil der kostengünstigen Stranggußtechnik in der Bundesrepublik bei 90 Prozent. Nach dem traditionellen Siemens-Martin-Verfahren werden in der DDR gut 40 Prozent Stahl hergestellt — bei uns seit 1983 nichts mehr. Anders als westdeutsche Firmen, die sich auf höherwertige Stahlerzeugnisse konzentriert haben, produziert die Stahlindustrie der DDR mangels entsprechender Weiterverarbeitungskapazitäten vor allem einfache Produkte. Im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern ist die Beschäftigung im Stahlbereich der DDR merklich gestiegen. Die hohen Überkapazitäten in Europa spielten für die Stahlindustrie der DDR keine Rolle; vorherrschendes Motiv war das Unabhängigkeitsstreben. Die Arbeitsproduktivität erreicht 45 Prozent des westdeutschen Niveaus.

● Maschinen- und Fahrzeugbau (21 Prozent)

Aufgrund der Arbeitsteilung im RGW liefert der Maschinenbau hauptsächlich in die Sowjetunion; die Produktpalette entspricht somit weitgehend dem Bedarf jenes Landes (Landmaschinen, Schienenfahrzeuge, Bagger usw.). Diese Ausrichtung der Exporte ermöglicht die Fertigung großer Serien. Ausgeprägt ist der Schwermaschinen- und Werkzeugmaschinenbau. Der Anteil computergesteuerter Maschinen liegt allerdings merklich unter dem westlicher Industrieländer. Im Automobil-Bereich ist die Technologie überholt. Die PKW-Technik bleibt selbst hinter der anderer osteuropäischer Staaten zurück. Obwohl in einigen Werken bereits die Robotertechnik zum Zuge kommt, erreicht die Produktivität hier nur knapp 40 Prozent des westdeutschen Niveaus. Erhebliche Bedeutung hat der Schiffbau, der in der DDR ebenfalls zu diesem Industriebereich gehört. Das Schiffbau-Kombinat in Rostock und die weltweit größte Werft für Fischfangschiffe in Stralsund nutzen mit Blick auf den Großabnehmer Sowjetunion ebenfalls die Vorteile der Massenproduktion. Durch die Fertigung von beispielsweise 30 typgleichen Schiffen sind merkliche Kostenersparnisse möglich. Die Werften profitieren überdies von umfangreichen sowjetischen Reparaturaufträgen. Die gesamte Sektor-Produktivität liegt bei etwa 55 Prozent des Stands in der Bundesrepublik.

● Elektrotechnik, EDV, Feinmechanik und Optik (9 Prozent)

Diese Branche ist hinsichtlich ihres Modernisierungsgrades sehr heterogen. In der Mikroelektronik hat die DDR dank hoher Investitionen merklich aufgeholt. Dennoch hat auch das Kombinat Robotron, der einzige Hersteller von EDV-Anlagen in der DDR, Probleme, da alle Komponenten aus eigener Produktion kommen müssen. Ausgesprochen schwach ist der Telekommunikationsbereich (mechanische Endgeräte sind immer noch vorherrschend). Kapitalmangel in Verbindung mit dem ineffektiven Autarkiestreben verhindert einen stärkeren Technologietransfer und kürzere Erneuerungszyklen. Optische Geräte aus dem Kombinat Carl Zeiss Jena, wie Ferngläser und Weltraumkameras, erreichen dagegen Spitzenniveau. Alles in allem ist die Produktivität halb so hoch wie in der Bundesrepublik.

● Textilgewerbe (6 Prozent)

Die Produktion ist überwiegend auf Standard-Massenartikel ausgerichtet; auf Drittmarkten schlägt die Konkurrenz aus Entwicklungsländern stark zu Buche. Die systembedingte Starrheit erschwert die Verlagerung der Fertigung auf hochwertige Waren. Kapitalmangel lässt keine automatisierten flexiblen Produktionsverfahren zu. Viele Fabriken stammen aus der Vorkriegszeit, als in Sachsen/Thüringen die deutsche Textilindustrie konzentriert war. Im Gesamtsektor beträgt die Pro-Kopf-Leistung etwa 55 Prozent des Wertes der Bundesrepublik.

● Nahrungs- und Genußmittelindustrie (15 Prozent)

Nahrungsmittel werden in niedriger Qualität und knappem Sortiment angeboten. In den letzten zwanzig Jahren hat die Versorgungsqualität besonders bei hochwertigen Produkten weiter abgenommen. Auch hier macht sich das Autarkie-Gebot und damit die geringe Importbereitschaft negativ bemerkbar. Die Branchen-Produktivität erreicht teilweise nur 40 Prozent derjenigen in der Bundesrepublik.

Die **Landwirtschaft der DDR** steuert knapp 10 Prozent zum Sozialprodukt bei. 95 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die in der DDR — gemessen an der Einwohnerzahl — doppelt so groß ist wie in der Bundesrepublik, gehören zum sozialistischen Sektor. Trotz der Orientierung an dem agrarpolitischen Leitbild des industrieläufig organisierten Großbetriebs lässt die Produktivität zu wünschen übrig: Die Arbeitsproduktivität liegt bei etwas über 40 Prozent des westdeutschen Niveaus, die Flächenproduktivität bei rund 75 Prozent. Bei einigen Agrarerzeugnissen, z. B. bei Obst, Eiern und Geflügel, wird ein erheblicher Teil von privaten Produzenten hergestellt. Die **Verkehrsinfrastruktur** in der DDR ist weit zurückgeblieben. Dies gilt sowohl für das Straßennetz als auch für das Schienensystem, Waggons und Bahnhöfe. Die Reichsbahn ist nur zu 16 Prozent elektrifiziert. Als Folge des

unzureichenden Straßensystems und aus Gründen der Energieersparnis orientierte sich der Güterverkehr immer mehr in Richtung Schiene; dies war mit erheblichen Nachteilen hinsichtlich Schnelligkeit und Flexibilität verbunden. Den Betrieben ist es vorgeschrieben, welche Gütermengen mit welchem Verkehrsmittel zu transportieren sind.

Die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur erfordert nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in den nächsten 20 Jahren rund 100 Mrd. DM. Für alle kritischen Bereiche, d. h. einschließlich Umwelt, Energie, Telekommunikation und Konsumgüterindustrie, veranschlagt das Institut den Investitionsbedarf auf 500 Mrd. DM.

Deutsch-deutsche Unternehmenskooperation

Die Veränderungen in der DDR eröffnen neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen aus beiden deutschen Staaten. Bislang dominierte in den Wirtschaftsbeziehungen weitgehend der bilaterale Handelsaustausch. Um neue Potentiale für die deutsch-deutsche Arbeitsteilung zu erschließen und um den technologischen Rückstand der DDR abzubauen, sollten jedoch künftig Lizenzproduktionen eine größere Rolle spielen und Gemeinschaftsunternehmen möglich werden.

Bereits heute gehen die Kontakte westdeutscher Firmen mit der DDR über reine Handelsbeziehungen hinaus. Nach Untersuchungen des DIW sind 140 Unternehmen aus der Bundesrepublik in insgesamt 1 100 Kooperations-Projekten mit der DDR engagiert. So walzt beispielsweise der Stahlkonzern Hoesch im Rahmen von längerfristigen Kooperationsverträgen Rohstahlbrammen aus Eisenhüttenstadt auf Warmbreitband um. Bei der Deutschen Babcock entwickelt sich der Handelsaustausch inzwischen in Richtung eines Technologie-Transfers mit Lizenzaustausch. Von westdeutscher Seite war die VEBA-Tochter Preussen-Elektra an der Errichtung der 380 000-Volt-Doppelleitung nach Magdeburg beteiligt, die in dem Stromverbund-Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vereinbart wurde. Die Volkswagen-AG, die schon seit Anfang der siebziger Jahre Zulieferteile aus der DDR bezieht, hat der DDR im Rahmen einer Lizenzproduktion die Herstellung von Motoren für die PKW Wartburg und Trabant ermöglicht. Salamander-Schuhe werden schon seit Jahren in der DDR nach westdeutscher Lizenz gefertigt.

Bankwesen

In seinen Grundzügen besteht das heutige Bankwesen der DDR seit den frühen 70er Jahren. Seither erfuhr es diverse Phasen der Umgestaltung, zuletzt in Richtung Zentralisierung. Das Bankensystem der DDR ist maßgebliches Organ der staatlichen Planwirtschaft. Seine Schwerpunktaufgaben liegen in der Verteilungsfunktion (für das Nationaleinkommen durch

Mittelzuweisungen gemäß dem zentralen Plan), in der Kontrollfunktion und einer „Stimulierungsfunktion“ (d. h. der Aufdeckung von Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung im Wirtschaftsprozeß).

● Bankwesen: Reflex der Wirtschaftsordnung

- ▶ Ein Geld- und Kapitalmarkt existiert in der DDR nicht. Kredit und Zins üben praktisch **keine Allokationsfunktionen** aus. Die Kreditzuteilung dient als Instrument der staatlichen Planung.
- ▶ Alle Betriebe unterliegen der **Kontoführungs pflicht** bei ihrer jeweils zuständigen Geschäftsbank, dabei ist vorgeschrieben, auf welchen (bestimmten) Konten und zu welchem Zweck zeitweilig freie Geldmittel zu halten sind. Bargeldhaltung ist nur in engen Kassenlimits erlaubt. Auch die Bevölkerung soll möglichst niedrige Bargeldbestände halten, worauf die Sparkassen hinwirken sollen. Der Geldumlauf, der eine störungsfreie Planabwicklung gewährleisten soll, wird anhand der Kontenbestände und -bewegungen und eines Bargeldumsatzplanes ermittelt und kontrolliert.
- ▶ Die **Finanzierung der Wirtschaft** erfolgt gemäß dem Kreditplan. Kredite werden für bestimmte Objekte zu festgelegten Konditionen ausgereicht. Der Finanzierung von Investitionen sollen hauptsächlich eigene Mittel der Betriebe (Gewinne und Amortisationen) dienen, daneben Kredite und Staatshaushaltzuschüsse. Dabei hat der Kreditanteil in der Industrie von 3 Prozent (1966) auf 32 Prozent (1971) und mehr als 40 Prozent (zu Beginn der 80er Jahre) zugenommen.
- ▶ Da Finanzämter bzw. -kassen nicht bestehen, sind die Banken „**Kassenvollzugsorgane**“ des Staatshaushalts, dessen Konten von der Staatsbank geführt werden.

● Organisation und Struktur des Bankwesens

Zum Bankensystem der DDR gehören die Staatsbank, die staatlichen und genossenschaftlichen Geschäftsbanken sowie die Sparkassen.

▶ Staatsbank

Sie fungiert als Notenbank und Geschäftsbank. Der Präsident der Staatsbank ist Mitglied des Ministerrates, er hat Weisungsbefugnis und Kontrollrechte gegenüber den anderen Geschäftsbanken. Als Notenbank obliegt der Staatsbank die Planung und Regulierung des Geldumlaufs; sie führt die Konten der übrigen Kreditinstitute, legt die Konditionen für die Einlagen sowie die Gewährung von Refinanzierungskrediten fest und bestimmt die Grundsätze für den Zahlungs-, Verrechnungs- und Kreditverkehr der Kreditinstitute. Als Geschäftsbank ist die Staatsbank mit ihrem Filialnetz für die Bereiche Industrie, Bauwesen, Binnenhandel, Verkehr, Post, Fernmelde wesen sowie für den Verkauf von Reisezahlungsmitteln an die Bevölkerung zuständig.

► Weitere Geschäftsbanken mit spezifischem Kunden- bzw. Aufgabenkreis

- Deutsche Außenhandelsbank AG (DABA):
Sie wickelt im Auftrag der Staatsbank den Zahlungs- und Verrechnungsverkehr im Rahmen der Außenwirtschaftsbeziehungen ab und finanziert Außenhandelsbetriebe.
- Deutsche Handelsbank AG (DHB):
Sie ist ein Spezialinstitut für den Außenwirtschaftsverkehr (u. a. für den Transithandel und Dreiecksgeschäfte).
- Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft (BLN):
Sie ist für diesen Wirtschaftsbereich zuständig und wickelt auch mit den ihm unterstellten Bäuerlichen Handelsgesellschaften (BHG) den Spar- und Zahlungsverkehr der Landbevölkerung ab.
- Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe (GK):
Sie sind vornehmlich für die genossenschaftlichen und privaten Handwerks- und Handelsbetriebe tätig.

► Sparkassen

Als Einrichtungen der Räte der Städte und Landkreise unterliegen diese Institute mit mehr als 4 000 Zweigstellen der Kontrolle des Finanzministeriums. Sie tätigen Bankgeschäfte mit privaten Haushalten, Lohn- und Gehaltsempfängern, freiberuflich Selbständigen, Einzelhändlern, privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden. Zu ihrem Angebot gehören u. a.: Spar-, Spargiro- und Gehaltskonten sowie Kredite für langlebige Konsumgüter und Wohnungsbau.

Außerdem werden Bankdienstleistungen vom Postsparkassendienst und den Postscheckämtern sowie der Reichsbahnsparkasse und der Reichsbahnkasse erbracht.